

Ideologien statt Fakten in Unnas Ratssaal, Teil II – Die Hansestadt wird Hafenstadt

Von
Redaktion

29. September 2019



Symbolbild - Pixabay

- *Kommentar zur Ratssitzung am 26. 9. 2019 in Unna*

Vorab und allem voran. Dass Menschen auf der Flucht in die Hoffnung auf ein besseres Leben elendig im Mittelmeer ertrinken, ist ein entsetzlicher Zustand und muss verhindert werden. Daran gibt es nicht den Hauch eines Zweifels.

Punkt. Nächster Gedanke: Wie und durch wen kann und muss das Sterben im Mittelmeer gestoppt werden?

Da schon diese simple Differenzierung zwischen Ausgangsfeststellung und Folgeüberlegung beim Tagesordnungspunkt „Sicherer Hafen Unna“ in der Ratssitzung am 26. 9. direkt unterblieb, brauchte man auf eine vernunftbasierte Beschlussfassung erst gar nicht zu hoffen. Man hätte sich anderthalb anstrengende, ärgerliche Stunden sparen können. Denn in Steigerung noch zur ideologiegetränkten Debatte über Unnas „Klimanotstand“ wurden bei der Debatte über das Städtenetzwerk Seenotrettung wichtige Fakten nicht nur ignoriert, sondern – mit inzwischen geradezu erschreckender Reflexhaftigkeit – seitens der grünen Antragsteller in die verruchte rechte Schmutzdecke gezerrt.

Auslöser für diesen Reflex, der jedwede sachliche Diskussion unverzüglich im Keim erstickt (und das vermutlich auch soll), war eine Bemerkung des CDU-Fraktionsvorsitzenden: Aus der „Seenotrettung“ kämen größtenteils „Armutsfüchtlinge“.

Das ist so. Armut ist kein Asylgrund. Das ist weder inhuman noch „rechts“, sondern steht im Grundgesetz, Artikel 16a.

Der Begriff „Asyl“ kommt aus dem Griechischen, bedeutet „sicher“ oder auch „Ort der Sicherheit“. Es meint somit den Zufluchtsort für Personen, die verfolgt werden. Artikel 16a GG stellt klar: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Erst im weiteren Sinne umfasst Asylrecht die Anerkennung als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Auch diese sieht indes keine materiellen Gründe dafür vor, jemandem Asyl zu gewähren.

Bleibe festzuhalten: ein „Fluchtgrund“ kann Armut sehr wohl sein, kann sie sehr nachvollziehbar sein. Jeder von uns würde versuchen, aus Not und Elend zu fliehen, und sei es ausschließlich von verzweifelter Hoffnung getrieben. Ein Asylgrund ist Armut **nicht**.

Woraus folgt: Menschen, die aus materieller Not in Deutschland Asyl suchen, werden mit an die 100-prozentige Wahrscheinlichkeit abgelehnt und müssen wieder zurück. Bis dahin werden sie geduldet. Für Geduldete, gab Klaus Göldner von der FLU zu bedenken, zahlt die Stadt alleine. Alles. Und als „Sicherer Hafen“ verpflichtet sie sich moralisch dazu, zusätzlich mehr Geflüchtete aufzunehmen, als ihr über den Königsteiner Schlüssel zugewiesen werden.

Diese finanzielle Zusatzlast moralisch einzelnen Kommunen aufzubürden sei unredlich, kritisierte Göldner, und vor allem werde dadurch kein einziger Mensch weniger im Mittelmeer ertrinken. Statt das Grundproblem zu lösen, halse man sich einen Haufen neue auf.

Die Grünen? Sahen zu Diskussion über rechtliche Tatbestände oder Finanzierungsfragen keinen Anlass. Fakten und Geld (des Bürgers) werden überbewertet. Im (nach der Klimadebatte) erneuten kategorischen Imperativ bezeichnete Fraktionschefin Kunert die Teilnahme am Netzwerk als „christliche Verantwortung“, was im Umkehrschluss jeden zum verantwortungslosen Unchristen abstempelt, der diese moralische Selbstverpflichtung aus egal wie logischen und rationalen Gründen ablehnt.

Die SPD folgte in ihrer Pro-Argumentation immerhin konsequent einer nachvollziehbaren Linie bis zum Schluss und verzichtete auf Verunglimpfung der Gegenposition. Man sehe eine moralische Verpflichtung, sagte Sebastian Laaser, und die Unnaer SPD werde im Ernstfall auch dazu stehen, mehr Menschen als zugewiesen in der Stadt aufzunehmen – mitsamt den daraus erwachsenen finanziellen Verpflichtungen. (Klammer auf: für den Bürger und Steuerzahler, Klammer zu.). Dieses finanzielle Argument könne aber nicht ausschlaggebend sein, sagte der SPD-Vorsitzende mit Blick auf die aktuell noch bestehenden Haushaltssperre. Die asylrechtlichen Fragen, die FLU und CDU zu bedenken gaben, sehe man wohl, gleichwohl seien sie für die SPD sekundär.

In einem solchen unaufgeregten Ton wäre trotz scharf konträrer Positionen durchaus eine demokratische Beschlussfindung möglich gewesen. Gabriele Meyer, CDU, sah die Bundespolitik in der Pflicht und wusste das zu begründen, FDP-Chef Schmidt wies darauf hin, dass Unna mit der Erstaufnahme Massen und dem neu beschlossenen 3-Mio.-Asylneubau an der Kamener Straße schon über Gebühr Verantwortung für Geflüchtete übernehme.

Doch eine dahingeworfene Bemerkung des Grünen Björn Merkord hatte die Atmosphäre schon wieder vergiftet: „Lasst euch nicht von rechten Parolen beeinflussen“, mahnte er mit erhobenem moralischen Zeigefinger und schwer erträglicher Belehrungsattitüde in Richtung CDU, nachdem deren Fraktionsvorsitzender zu bedenken gegeben hatte, dass die meisten dieser aus Seenot geretteten Flüchtlinge Armutsflüchtlinge ohne Bleiberecht seien.

Nun denn – das mag den Grünen noch so missfallen, es ist Fakt! Und er wolle solche Fakten aussprechen dürfen, ohne sich in die rechte Ecke stellen zu lassen, ging Fröhlich nun zornig den Grünen an. Die CDU wolle klar geregelt haben, wer die Konsequenzen dieser moralischen Selbstverpflichtung finanziere, und zwar vor dem Beschluss. Punkt und Ende.

Dass man derartige Selbstverständlichkeiten überhaupt einfordern muss, ist ein Alarmsignal dafür, wie es um das Demokratieverständnis verschiedener Stadtratspolitiker inzwischen bestellt ist. Klaus Göldner warnte denn auch mit spürbarer Sorge sehr eindringlich, dass es nicht in Ordnung sei, alle, die hier jetzt nicht zustimmten, in die rechte Ecke zu stellen.

„Die Diskussion in dieser Form entzeit. Und das ist ungut.“

Als hätten er und seine Vorredner in ein Vakuum gesprochen, skandierte der Grüne Soyubey unter Auspielen seines eigenen Migrationshintergrundes sodann in bitterer Anklage, er schäme sich für Aussagen wie diese hier und heute gehört in Grund und Boden.

Sachliche Diskussion unmöglich. Jessika Tepe, fraktionslose Christdemokratin, erbarmte sich schließlich und stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden. Mit 24 Ja- und 19 Nein-Stimmen wurde Unna, die alte Hansestadt, zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Und als Zuhörer war man nur noch froh, dass es vorbei war.

Ahoi.

– *Silvia Rinke*